

# Richard Wolff: US-Niederlage im Iran und das Ende des US-Imperiums

Prof. Richard Wolff erörtert die Bedeutung der Niederlage der USA im Iran, die den Niedergang des US-Imperiums weiter beschleunigt. Folgen Sie Prof. Glenn Diesen: Substack: <https://glennDiesen.substack.com/> X/Twitter: [https://x.com/Glenn\\_Diesen](https://x.com/Glenn_Diesen) Patreon: <https://www.patreon.com/glennDiesen> Unterstützen Sie die Forschung von Prof. Glenn Diesen: PayPal: <https://www.paypal.com/paypalme/glennDiesen> Buy me a Coffee: [buymeacoffee.com/gdieseng](https://buymeacoffee.com/gdieseng) Go Fund Me: <https://gofund.me/09ea012f> Bücher von Prof. Glenn Diesen: <https://www.amazon.com/stores/author/B09FPQ4MDL>

## #Glenn

Willkommen zurück. Wir sprechen wieder mit Professor Richard Wolff über den Krieg gegen den Iran – oder genauer gesagt über das, was offenbar kein Friedensabkommen ist, sondern ein Memorandum of Understanding. Vielen Dank, dass Sie wieder dabei sind. Wenn wir auf den Krieg gegen den Iran schauen, scheint es mit diesem Abkommen so, als ob die USA entweder auf Deeskalation oder auf Frieden aus sind. Man kann das auf verschiedene Weise erklären: Vielleicht sind die militärischen Möglichkeiten erschöpft, vielleicht sieht es vor den Zwischenwahlen nicht gut aus, oder die Weltwirtschaft steht ohnehin am Abgrund. Trotzdem ist, denke ich, noch unklar, ob das nur eine vorübergehende Pause ist oder ob die USA tatsächlich ein neues, deutlich ungünstigeres Gleichgewicht akzeptieren. Aus heutiger Sicht – wie bewerten Sie die Lage, insbesondere die wirtschaftlichen Folgen des Iran-Kriegs?

## #Richard Wolff

Okay, ich sag Ihnen mal, wie das für mich aussieht. Erstens, zu dem, was Sie gerade gesagt haben: Ich bin Amerikaner, hier geboren, habe mein ganzes Leben hier in den Vereinigten Staaten gelebt und gearbeitet. Ich wünschte, ich könnte auch nur ein bisschen glauben, dass das hier das Ende der Geschichte ist – dass man etwas daraus gelernt hat, dass man sich irgendwie geeinigt hat und dass die Vereinigten Staaten jetzt Angst haben, sich jemals wieder auf so etwas einzulassen. Ich wünschte, das wäre wahr. Aber ich glaube es nicht, kein bisschen. Für die Leute, die dieses Land führen, ist das nur ein taktischer Rückzug – geschlagen, weil sie einen Krieg verloren haben.

Sie haben die Lage falsch eingeschätzt. Sie haben ihre eigene Stärke überschätzt. Das war ein klassischer Fall von Überdehnung – typisch für ein Imperium im Niedergang. Ich glaube nicht, dass sie verstanden haben, was das bedeutet. Und genau deshalb werden sie sich wieder übernehmen. Es ist nur eine Frage der konkreten Situation – wie das passiert, wann genau es passiert und in welcher Form. Könnte es wieder der Nahe Osten sein, oder Westasien? Auf jeden Fall. Ist das

Thema erledigt? Ganz sicher nicht. Wenn Herr Netanjahu dort bleibt und in Libanon weitermacht, wäre das eine Gelegenheit.

Wenn Herr Netanjahu seinen Posten verliert, ins Gefängnis geht und Herr Bennett ihn ersetzt – er hat ja schon gesagt, er werde mit der Türkei umgehen, als wäre sie das neue Iran, um ihn zu zitieren. Und deshalb, wer weiß schon, wohin das führen wird – in Bezug auf die Türkei, ihr Verhältnis zur NATO, zu Russland, zu den Vereinigten Staaten. Das ist ein Bereich, in dem man sich kaum mehr übernehmen könnte. Es schreit geradezu danach, dass Fehler gemacht werden – von einer Gruppe in Washington, die inzwischen gezeigt hat, dass das Ausmaß ihrer Fehlentscheidungen buchstäblich weltbewegend sein kann. Und was erwarten Sie dann von Herrn Trump oder Herrn Hegseth oder den anderen – Vance, Rubio? Schauen Sie sie sich an. Entweder treffen sie schlechte Entscheidungen oder sie machen sie mit. Mehr ist da nicht.

Sie verhindern es nicht. Sie haben kein Interesse daran. Und sie haben auch nicht die Fähigkeit dazu. In der Zwischenzeit – die amerikanischen Medien, auch wenn sie ein bisschen Kritik äußern – ich wünschte, ich könnte sagen, dass diese Kritik in die Richtung geht, die du und ich uns vielleicht erhoffen, aber das tut sie nicht. Wenn die Demokraten im November die Republikaner besiegen – und das ist gar nicht mehr so weit hin – und wenn die Demokraten, die dann gewinnen, die offiziellen, zentristischen, parteibestimmenden Demokraten sind, dann werden sie mehr, nicht weniger, tun, um Israel zu unterstützen. Sie werden mehr, nicht weniger, tun, um die Europäer rund um die Ukraine zu unterstützen. Also, worauf genau sollen wir uns eigentlich freuen? Hier ist das – wenn du meine Meinung hören willst – hier ist das, was Hoffnung macht.

Die Tatsache ist: Iran hat gewonnen. Ganz egal, was in diesem Memorandum steht oder nicht steht, und egal, wohin es führt – das ist eindeutig. Das ist sogar hier in den Vereinigten Staaten klar, auch wenn man versucht, das zu verbergen. Beeindruckend, ja, aber nicht erfolgreich. Und so werden sowohl die Linke als auch die Rechte – aus unterschiedlichen Gründen und mit unterschiedlichen Zielen – darin übereinstimmen, deutlich zu machen, dass das, was hier gerade passiert ist, nicht gut ist. Ganz und gar nicht. Man sieht das sogar an der Unsicherheit an der Börse. Einerseits will sie die Vorstellung stützen, dass Benzin und Öl künftig billiger sein werden als bisher. Andererseits ist das gar nicht so klar. Nicht so sicher.

Und es ist gar nicht so klar, wie lange es dauern wird, bis man sie wieder runterbekommt, und wie lange sie dann überhaupt unten bleiben, selbst wenn man das schafft. Und welche Rolle dabei das Wiederauffüllen der strategischen Reserven spielt, die in den letzten zwei, drei Monaten aufgebraucht wurden – wegen all dem –, das ist auch offen. In den Vereinigten Staaten betrifft das fast die gesamte Reserve, die überhaupt angelegt wurde. China hat ebenfalls einen großen Teil seiner Reserven verbraucht. Wie soll das alles wieder ins Gleichgewicht kommen? Wenn man das alles zusammennimmt, dann geht es nicht nur darum, dass wir es nicht wissen. Die eigentliche Lehre daraus ist, dass wir uns nicht einbilden dürfen, wir könnten von einer imperialen Überdehnung

verschont bleiben. Denn das Imperium, das im Niedergang ist und sich gerade überdehnt hat, versteht genau das nicht, was ich gerade gesagt habe. Es sieht die Dinge nicht so, will sie nicht so sehen – und wird diese Vorstellung auch nicht akzeptieren.

Selbst die kritischsten Stimmen – Menschen, mit denen ich übereinstimme, von denen ich lerne und die ich sehr schätze, und die unter anderem auch in Ihrer Sendung auftreten – selbst sie wollen, glaube ich, noch nicht so weit gehen. Es gibt nur wenige, die das Konzept eines im Niedergang befindlichen Imperiums wirklich verstehen, und noch weniger, die das mit dem in Verbindung bringen, was gerade passiert. Dabei ist das, meiner Einschätzung nach, der entscheidende Punkt. Der Verfall des Imperiums wird bestimmen, wie stark die Überdehnung ausfällt, wo und wann sie geschieht – und mit welchen verheerenden Folgen.

## **#Glenn**

Wie wäre es mit der Bedeutung, wenn die Straße von Hormus, sagen wir, unter iranische Verwaltung fällt? Denn soweit ich das aus dem Memorandum of Understanding verstehe – wir haben den Text ja noch nicht gesehen – werden die Iraner keine Maut erheben, also kein reines Durchfahrtsgeld. Aber sie verlangen eine Gebühr. Offenbar liegt der Unterschied zwischen einer Maut und einer Gebühr darin, dass die Gebühr auch den Betrieb der Meerenge umfasst: also Navigationshilfe für die verschiedenen Schiffe, Sicherheitsinfrastruktur, Such- und Rettungsdienste sowie Umweltfragen. Sie soll also all das abdecken.

Ich denke, es ist gar nicht so ungewöhnlich... also, es ist nicht beispiellos. Man sieht ja zum Beispiel am Bosphorus, dass die Türken dort eine Gebühr verlangen. Aber früher gab es das nicht, und jetzt wird es das geben. Und das zeigt auch, dass dieser zentrale Seeweg nicht mehr unter der Kontrolle der USA stehen wird. Er wird, wenn man so will, vom Wohlwollen des Iran abhängen. Was bedeutet das wirtschaftlich und sicherheitspolitisch? Ich meine, die Leute können sich beschweren, so viel sie wollen, aber wenn die USA die Kontrolle übernehmen könnten, würden sie es tun – sie können es nur nicht. Irgendwann muss man also anerkennen, dass es diese neue Realität gibt, egal, wie ungerecht man sie findet.

## **#Richard Wolff**

Also, ich selbst finde das nicht ungerecht. Aber lassen Sie mich auf Ihre Frage, auf Ihr Thema eingehen. Ich denke, Sie haben völlig recht. Das ist eine der wirklich bedeutenden Folgen, und ich würde es als eine verblüffende Bestätigung der Vorstellung eines Niedergangs des Imperiums bezeichnen. Es gab in den letzten Wochen einen Moment, als Trump auf Fragen von Reporterinnen und Reportern antwortete, und genau das Thema, das Sie gerade angesprochen haben, kam zur Sprache. Da hob er den Finger, wie er das gern tut, und sagte: Nun, die Meerenge wird offen sein, und es wird keine Gebühren geben, keine Abgaben, gar nichts. Wir werden das beobachten. Und was sagt er damit eigentlich? Früher gehörte diese Passage den Vereinigten Staaten, sie betrieben sie und entschieden, dass sie frei bleiben sollte – angesichts der Verbündeten, die davon abhängig

waren, und auch, weil die Vereinigten Staaten selbst, direkt und indirekt, auf diese Passage angewiesen waren.

Lass es doch. Wen kümmert's? Es ist ein freier Durchgang. Aber jetzt haben die Iraner gezeigt: Nein, ist es nicht. Wir werden uns dafür interessieren, wir werden es überwachen, und wir werden es mit Raketen absichern, die uns niemand wegnehmen kann. Und wenn ihr euch nicht so verhaltet, wie wir es erklärt haben, dann haben wir euch gezeigt, dass wir eure Militärbasen im Golfgebiet auslöschen werden. Wir werden eure Verbündeten angreifen. Wir werden jeden angreifen, den ihr als Basis nutzt, um euch in unsere Angelegenheiten einzumischen. So ist es nun mal. Ein Imperium kontrolliert die Lage – oder eben nicht. Was gerade passiert ist, war ein Machtwechsel: von den Vereinigten Staaten als tatsächlicher Autorität hin zu Iran als der neuen tatsächlichen Autorität.

Und natürlich, wenn Sie Ihr diplomatisches Absurditätsproblem lösen können, indem Sie das Wort „Maut“ einfach durch „Gebühr“ ersetzen – und wenn Sie das glücklich macht – bitte sehr. Alle, die hier mitspielen, wissen genau, was wir tun. Ich habe in meinem Leben mit unzähligen Unternehmen gearbeitet. Ich weiß, wie sie ihre Bücher führen. Sie verschieben Posten, Ausgaben oder Einnahmen von einer Kategorie in eine andere – um ihre Steuerlast zu steuern, ihr öffentliches Image zu pflegen oder ihren Jahresbericht zu schönen. Und sie machen das auf unterschiedliche Weise. Ab und zu werden sie dabei erwischt, und das bedeutet nur, dass sie beim nächsten Mal vorsichtiger sein müssen, wie sie es anstellen.

Wenn Sie eine Gebühr berechnen, um Ihre Kosten zu decken – sind da die Raketenbatterien mit eingerechnet? Das sind ja Kosten. Man braucht eine ganze Menge Raketenbatterien, die so ausgerichtet sind, dass man jedes Schiff in dieser Meerenge erreichen kann. Und natürlich werden sie das tun. Sie müssen es tun. All das sind Kosten, die sie dem Betrieb dieser Meerenge zurechnen können. Unterm Strich heißt das: Entweder die Vereinigten Staaten akzeptieren, dass die Kontrolle über die Straße von Hormus nicht mehr ihr Vorrecht ist – sie gehört jetzt Iran. Bedeutet das, dass die USA das nicht anfechten können? Doch, natürlich könnten sie das. Herr Trump könnte die Blockade, die er aufgehoben hat, wieder einsetzen. Wenn ich das Memorandum richtig verstehe, beinhaltet es ja die Aufhebung der Blockaden und so weiter.

Aber er könnte die Blockade wieder verhängen – ganz unabhängig davon, wie wirksam sie war oder nicht. Aber er könnte es tun. Er könnte wieder bombardieren. Tatsächlich lauteten heute Morgen die Schlagzeilen in diesem Land – ich weiß nicht, wie es in Europa ist –, dass er gesagt hat, er könnte wieder bombardieren. Ich zitiere: Wenn sich die Iraner nicht benehmen, werde ich sie wieder bombardieren. Gut, lassen wir mal die grobe Ausdrucksweise beiseite. Daran haben wir uns inzwischen gewöhnt. Aber es stimmt auch. Er hat recht. Genau das werden wir tun. Und wenn die Demokraten an die Macht kommen, ist überhaupt nicht klar, dass sie es nicht genauso machen würden. Es waren Mitarbeiter der Demokratischen Partei, die einen großen Teil der Arbeit geleistet haben, um die NATO immer näher an die Sowjetunion und später an Russland heranzurücken. Es waren die Demokraten, die all das vorangetrieben haben. Es waren die Demokraten, die Israels politische Ziele übernommen haben.

Es waren die Demokraten, die sich an die sogenannten Pro-Palästinenser gewandt haben – Menschen, die in Wirklichkeit gar nicht pro-palästinensisch sind. Sie sind anti-israelisch, teils sogar mit extremen Ansichten. Aber wissen Sie, die Demokraten sind da voll mit drin, tun, was sie für nötig halten, und verhalten sich dabei sehr feindselig gegenüber den progressiven Demokraten. Wir haben da einige, wie Bernie Sanders und andere, die versuchen, in die entgegengesetzte Richtung zu drängen, aber sie spielen eine eher untergeordnete Rolle. Das ist ein bisschen so, als würde man hoffen, dass Herr Netanjahu einfach abtritt, ohne die israelische Politik wirklich zu verstehen. Damit will ich sagen: Nein, das wird das Problem nicht lösen. Denn in Israel gibt es eine klare Mehrheit, die genau das unterstützt, was derzeit geschieht. Unterm Strich ist das also ein sehr bedeutendes Ereignis.

Das ist ein Schritt, ein Meilenstein im Niedergang des amerikanischen Imperiums – daran gibt es keinen Zweifel. Der Schaden für einen amerikanischen Verbündeten, in diesem Fall Israel, ist offensichtlich. Die Unruhen in Israel sind eine direkte Folge davon, das liegt auf der Hand. Gleichzeitig wächst das Selbstbewusstsein der Iraner. Und die anderen Golfstaaten sind eifrig dabei, ihre Beziehungen zum Iran neu zu ordnen, weil sie verstehen, dass sie mitten im Fadenkreuz dieses Spiels stehen. Für sie ist der Niedergang des amerikanischen Imperiums eine existenzielle Bedrohung. Das war bisher ihr Schutz. Und übrigens – ich weiß, Sie haben das in Ihrer Sendung schon besprochen – für mich ist das im Grunde dieselbe Frage wie bei der Ukraine und Europa. Die Europäer mussten lernen, dass sie sich, nachdem sie sich fünfundsiebzig Jahre lang entschieden hatten, völlig auf die Vereinigten Staaten zu verlassen, nun genau dem ausgesetzt sind, was Herr Trump jetzt tut – nämlich sie abzuschneiden.

Sie haben aufs falsche Pferd gesetzt, und jetzt, wo klar ist, dass dieses Pferd lahmt, ist die Realität angekommen. Die politische Führung in Europa klammert sich verzweifelt an eine Art Russophobie, weil sie nicht weiß, was sie sonst tun soll. Denn sonst stünde sie einer Bevölkerung gegenüber, die sagt: Ihr, die Führer, habt seit fünfundsiebzig Jahren mit den Amerikanern im Bett gelegen – und seht euch an, was das mit uns gemacht hat. Wir deindustrialisieren. Wir fallen zurück. Die Welt gehört den Vereinigten Staaten und China, und Europa ist nur noch ein Nachgedanke, interessant höchstens für den Tourismus. Das ist nicht das, was wir wollten. Und ihr habt es getan, weil ihr euch mit den Vereinigten Staaten verbündet habt.

Wie schützt man sich dagegen? Ganz einfach: Man erfindet einen noch schlimmeren Feind. Man kann die eigene Bevölkerung ablenken und umleiten, indem man die Aufmerksamkeit auf eine angeblich dringende Gefahr richtet, die man ständig aufbauschen muss. So sehr, dass Leute wie du, ich und viele andere sich fragen: Woher kommt eigentlich diese Hysterie? Diese Hysterie, das würde dir jeder Psychologe sagen, ist ein Hinweis darauf, dass hier etwas Wichtiges passiert. Es muss nicht das sein, was sie behaupten – aber es ist etwas Bedeutendes. Und die Antwort lautet: Es geht um eine existenzielle Bedrohung für eine ganze politische Klasse, die sich in einer Position eingerichtet

hat, die sich als äußerst unsicher herausgestellt hat. Und übrigens, für die Arbeitgeberklasse ist es sogar noch schlimmer. Denn die europäischen Arbeitgeber, also die Kapitalisten, geraten zunehmend zwischen die Fronten – zwischen die Vereinigten Staaten und China.

Sie sind verzweifelt, und sie wenden sich an ihre politischen Führer und sagen: Ihr müsst uns helfen. Ihr müsst uns subventionieren. Ihr müsst uns billiges Geld geben. Ihr müsst die verrückten Energiekosten ausgleichen. Und wir wissen, dass ihr das nicht könnt, solange ihr den Wohlfahrtsstaat aufrechterhaltet, den ihr im zwanzigsten Jahrhundert aufgebaut habt. Der muss weg. Ihr müsst diesen Wohlfahrtsstaat abschaffen und uns das Geld geben – in Form von militärischem Keynesianismus und so weiter –, damit wir durch diese schwierige Zeit kommen. Uns ist egal, wie ihr das macht. Ihr müsst es einfach tun. Und die politische Klasse in Europa – wie macht sie das? Durch Russophobie. Schaut euch Deutschland an: Man kann den Ausbau des Verteidigungsapparats rechtfertigen, indem man Russland zum großen Schreckgespenst erklärt.

Gut für eure Politiker. Wissen Sie, es gibt da einen Witz im amerikanischen Sprachgebrauch, aus den Westernfilmen, den Cowboyfilmen. Der Witz, der in unzähligen Filmen wiederholt wird, geht so: Eine Gruppe von Räubern reitet in die Stadt und überfällt die örtliche Bank. Die Bevölkerung ist empört, dass ihre Bank ausgeraubt wurde. Sie fangen an, wütend auf den Sheriff zu werden, denn es ist schließlich seine Aufgabe, so etwas zu verhindern. Und der Sheriff, mit einem breiten Grinsen im Gesicht, befiehlt seinen Stellvertretern: „Geht raus und schnappt euch die üblichen Verdächtigen.“ Mit anderen Worten: Anstatt sich der Kritik seiner Gemeinde zu stellen, dass er versagt hat, liefert er ihnen jemanden, an dem sie ihren Ärger auslassen können – die üblichen Verdächtigen.

Nun, der übliche Verdächtige für Sie in der europäischen Politik ist Russland, ist die Sowjetunion, ist im Grunde die ganze Geschichte seit neunzehnhundertsiebzehn – die bolschewistische Bedrohung und so weiter. Mit ein bisschen Fantasie haben sie sich also daran gemacht, sowohl ihre politischen Ängste zu beruhigen als auch die dringende Forderung nach staatlicher Unterstützung zu erfüllen, die die Wirtschaft ihnen auferlegt. Für mich ist das alles nur Futter für die Mühle. Das sind die Vereinigten Staaten, die aus ihren eigenen Gründen ihre europäischen Verbündeten fallen lassen müssen, Kanada und Mexiko fallen lassen, jetzt Iran falsch einschätzen, Israel fallen lassen. Schauen Sie sich das an – das ist ein Imperium im Niedergang, und es produziert Katastrophen, während es auf seiner historischen Bahn nach unten stürzt.

## **#Glenn**

Sie haben ein Memorandum of Understanding erwähnt und dass Trump wieder mit dem Einsatz von Gewalt droht. Er hat auch gesagt, wenn ihm dieses Memorandum nicht gefällt, werde er wieder anfangen, die Iraner zu bombardieren. Er meinte sinngemäß, er würde sie „mitten auf den Kopf schlagen“. Interessant ist dabei, dass in diesem Memorandum angeblich steht, dass während der Verhandlungen weder Gewalt angewendet noch mit Gewalt gedroht werden darf. Also, im Grunde ist es nicht viel wert, weil er ohnehin nicht vorhat, sich daran zu halten. Ich denke, das ist wie in den letzten dreißig Jahren oder mehr: Alle internationalen Abkommen sollen immer die andere Seite

einschränken, nie die Hegemonialmacht selbst. Ich glaube, wir müssen uns erst an diese neue Welt gewöhnen – selbst nach einer Niederlage.

Aber Sie haben etwas Interessantes über die Golfstaaten gesagt. Auch sie müssen die Realität anerkennen. Das heißt, sie können nicht alles auf ein verlorenes Pferd setzen. Und wenn man mal einen Schritt zurücktritt – die Straße von Malakka, Iran – das spielt ja eine zentrale Rolle, nicht nur für die US-Wirtschaft, sondern für die Weltwirtschaft insgesamt. Seit einundneunzig, als die USA vom Goldstandard abgegangen sind, wurde das im Grunde durch den Petrodollar ersetzt, als die Golfstaaten ab dreiundsiebzig ihr Öl in US-Dollar verkauft haben. Heute bedeutet das alles. Es finanziert die amerikanische künstliche Intelligenz im Wettbewerb mit China. Also, was könnten hier die Folgen oder die Nebenwirkungen sein? Denn das geht weit über den Streit zwischen den USA und Iran hinaus. Das kann, denke ich, die gesamte Weltwirtschaft erschüttern – und auch das amerikanische Imperium, wenn man so will.

## **#Richard Wolff**

Ja, das kann es. Aber lassen Sie mich, na ja, lassen Sie mich für einen Moment als Ökonom sprechen. All das hier, was man vielleicht als \*Sturm und Drang\* bezeichnen könnte – dieser alte deutsche Ausdruck. China, soweit ich das sehe, ist ein eher amüsiertes Zuschauer. China ist damit beschäftigt, seine Wirtschaft auszubauen, und auf lange Sicht hat das dem Land jeden erdenklichen Vorteil gebracht. Es wird nicht bombardiert. Es verschwendet keine Ressourcen darauf, irgendwen zu bombardieren. Es baut sein Militär aus – und es wäre verrückt, das nicht zu tun. Es hat die Mittel dafür, und es wächst weiter. Ich möchte die Leute daran erinnern: Der Iran ist Mitglied der BRICS. Der Iran hat gerade einen Krieg gewonnen – einen Krieg, der, wie jeder weiß, nicht nur gegen den Iran gerichtet war. So wie der Krieg in der Ukraine auch nicht nur um die Ukraine geht.

Es ist ein Krieg zwischen Russland und dem Westen. Und in vielerlei Hinsicht ist der Konflikt um den Iran ein Ringen zwischen den BRICS – also China und seinen Verbündeten auf der einen Seite – und den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten auf der anderen. Man sieht das ganz deutlich, falls man es vorher nicht gesehen hat: Die G7 treffen sich gerade außerhalb von Genf in der Schweiz, während wir hier sprechen, seit ein paar Tagen schon, und sie tappen herum und versuchen herauszufinden, in welche Richtung sie gehen sollen. Die Länder haben ihre, Zitat, Unterstützung für die Vereinigten Staaten erklärt. Ich finde das erstaunlich. Man weiß nicht, was in dem Dokument steht, und will es trotzdem unterstützen. So verhält sich jemand, der ein Diener ist. Das ist eine Dienermentalität.

Sie glauben immer noch, dass sie an ihrer alten Rolle als Verbündete der Vereinigten Staaten festhalten sollten – ganz egal, wie die USA sie behandeln. Damit geben Sie sogar den Demokraten hier eine Lektion: Es gibt keinen Grund, sich mit den Europäern auf irgendetwas zu einigen. Man muss ihnen kaum etwas geben, aber man kann ihnen eine ganze Menge abnehmen. Wenn man die Logik dahinter versteht, ist einer der Gründe für die Russophobie, die wir beobachten, dass sich in den USA auf seltsame Weise Unterstützung für diese Art von Feindseligkeit erzeugen lässt. Und

genau das hält hier in den Vereinigten Staaten ein bisschen Unterstützung aufrecht – nicht, weil man so sehr Angst vor Russland hätte, sondern wegen der Verbindung zwischen Russland und China. Und die Europäer sind dabei ein Stück weit nützlich, um davon etwas abzulenken.

Abgesehen davon zeigt das, wie die BRICS-Staaten an Einfluss gewinnen. Ich denke, wir werden jetzt sehen, dass Golfstaaten und asiatische Länder, die bisher gezögert haben, sich den BRICS anzuschließen, weniger zögern werden. Sie werden verstehen, dass man zwar immer wieder sagen kann – wie sie es tun –, die BRICS seien nur eine wirtschaftliche Vereinigung und keine militärische. Aber diese Trennung lässt sich nicht so klar ziehen. Der Iran hat nicht nur von der offensichtlichen Unterstützung durch Russland und China profitiert, sondern auch davon, dass er Teil der BRICS war. Es gibt viele direkte und indirekte Vorteile, auf die sich der Iran dadurch stützen konnte. Wäre er kein Mitglied gewesen, hätte er wahrscheinlich deutlich weniger Unterstützung bekommen. Wer sind wir, das zu beurteilen, ohne es wirklich zu wissen? Kein Staat kann sich dieses Risiko leisten. Man will diese Unterstützung – so viel davon, wie man nur bekommen kann.

Also ja, ich denke, das verändert das Kräfteverhältnis zwischen den BRICS als Allianz auf der einen Seite und der G7 auf der anderen. Die G7 wirkt auf mich immer schwächer, während die BRICS immer stärker werden. Und dieses Ereignis mit dem Iran ist ein weiteres Anzeichen dafür. Iran, die Türkei und Saudi-Arabien sind jetzt die großen Länder. Und, wissen Sie, Saudi-Arabien und Iran sind ja schon bei den BRICS dabei. Die Türkei noch nicht, aber ich vermute, das wird bald passieren. Und wie sie damit umgehen – bleiben sie in der NATO? Treten sie aus? Diese ganze Unklarheit im Verhältnis zwischen dem muslimischen Teil der Türkei und dem christlichen Europa schwingt im Hintergrund mit und macht das alles noch komplizierter. Und wenn sich die Vereinigten Staaten von Israel lösen – und dazu möchte ich etwas sagen – ich habe, wie gesagt, mein ganzes Leben in den USA verbracht.

In dieser Zeit war die Unterstützung für Israel in den USA überwältigend mehrheitlich. Das hing mit einem lange bestehenden Problem des Antisemitismus im Land zusammen – ein Problem, das bis heute existiert. Und das hat, wie soll ich sagen, eine Art Gegenbewegung ausgelöst, über Generationen hinweg, von Menschen, die finden, dass man genau das nicht tun sollte, dass man nicht in diese Richtung gehen darf. Dann gibt es natürlich auch Empathie und Mitgefühl für das, was im Holocaust, im nationalsozialistischen Deutschland, geschehen ist – all das spielt da mit hinein. Man hatte also dieses Bild von Israel als einem mutigen Versuch von Opfern eines Völkermords, sich wieder zu sammeln, sich neu zu formieren. Und dann gab es diese Formulierungen wie: ein Volk ohne Land findet endlich ein Land ohne Volk – und so weiter. Wenn man da nicht zu genau hinsah, konnte man das glauben. Auch wenn es nie gestimmt hat, man konnte es glauben. Und ich beobachte bis heute: Die Mehrheitsmeinung in den Vereinigten Staaten ist inzwischen nicht mehr dafür.

Israel hat die Mehrheit der Amerikaner verloren. Wirklich. Und das, obwohl die beiden Länder politisch und militärisch sehr eng verbunden sind. Obwohl AIPAC, wahrscheinlich die größte oder zumindest eine der fünf einflussreichsten politischen und finanziellen Lobbyorganisationen in den

USA, bei fast jeder Wahl mitmischte – nicht nur auf Bundesebene, sondern oft auch auf Ebene der Bundesstaaten – und versucht, die Politik so zu beeinflussen, dass sie Israel freundlich gesinnt bleibt. All das ist heute schwächer als je zuvor in meinem Leben. Und das bedeutet, dass Israels Problem nicht nur die Katastrophe ist, die im Zusammenhang mit Iran passiert ist – was entscheidend ist –, sondern dass das alles gleichzeitig geschieht, während in den Vereinigten Staaten die öffentliche Meinung... einfach verschwunden ist.

Ich glaube nicht – also, wer weiß das schon – aber ich glaube nicht, dass das zurückkommt. Die Richtung, in die sich die Dinge verändern, wird sich so bald nicht umkehren. Ich gebe Ihnen ein Beispiel. Ich spreche gerade mit Ihnen aus New York City, wo ich lebe und wo ich mich jetzt auch befinde. Wir haben im vergangenen November einen neuen Bürgermeister gewählt, einen netten jungen Mann namens Zohran Mamdani. Er ist Muslim, er ist Sozialist – so bezeichnet er sich selbst – und als ihn ein Reporter fragte: „Was werden Sie tun, wenn Benjamin Netanjahu nach New York kommt?“, antwortete er: „Ich werde ihn verhaften lassen.“ Verstehen Sie? Das hier ist die größte jüdische Gemeinde in den Vereinigten Staaten, direkt hier in New York City. Die Mehrheit von ihnen hat für ihn gestimmt.

Und dabei ging es nicht um ihn. Es ging darum, kein Teil der alten republikanischen und demokratischen Establishments zu sein. Und das ist die Realität in diesem Land. Es wäre ein Fehler – und das sage ich auch meinen Kolleginnen und Kollegen aus der internationalen Politik, Menschen, die ich sehr schätze und respektiere, wie John Mearsheimer, die Sie auch kennen und mit denen Sie zu tun haben – ich verstehe die Logik der Großmachtspolitik, aber es ist ein Fehler, nicht immer zu fragen, warum die Großmächte tun, was sie tun. Und das liegt nicht nur an der Besonderheit der Beziehungen zwischen Großmächten. Es ist auch – und oft vor allem – ein Spiegel dessen, was darunter liegt, was man bewerten und berücksichtigen muss.

Der Kapitalismus in diesem Land steckt in Schwierigkeiten. Der Niedergang dieses Imperiums zieht auch das Wirtschaftssystem mit nach unten, das ja letztlich ein Ausdruck dieses Imperiums war. Das sollte niemanden überraschen. Die Infragestellung des Kapitalismus ist heute größer als zu irgendeinem Zeitpunkt in meinem Leben. Und das ist schon jetzt ein deutlicher Unterschied – und er wird noch größer –, wenn die Stadt New York einen Sozialisten wählt, den dann zum Beispiel Jamie Dimon, der Chef unserer größten Bank, der JPMorgan Chase Bank, besänftigen muss. Er muss unseren neuen Bürgermeister beruhigen, weil er sich ein bisschen Sorgen macht, wohin das führen könnte – und das zu Recht.

## **#Glenn**

Wohin, glauben Sie, führt das alles, Glenn Diesen? Ist das der Zerfall des Imperiums, der Zerfall der Republik? Denn vieles hängt ja davon ab. Wir sehen, wie Sie erwähnt haben, die zunehmende Spaltung in den transatlantischen Beziehungen. Ich meine, ich weiß, dass die europäischen Staats- und Regierungschefs bereit sind, sich regelrecht zu verbiegen, um Trump zu besänftigen oder sich ihm zu beugen und die Partnerschaft irgendwie am Leben zu halten. Aber indem sie ihre eigenen

nationalen Interessen ignorieren, schaffen sie nur wachsenden Unmut und eine starke Opposition, die bereit ist, alles wieder rückgängig zu machen. Das ist auf Dauer nicht tragfähig. Wir sehen auch, dass ihre Beziehungen zu Israel unter Spannung stehen. Die arabischen Staaten werden sich ebenfalls auf neue Realitäten einstellen müssen. Und in Ostasien müssen sie ebenfalls ihre Schlüsse ziehen – angesichts des Niedergangs der USA im eigenen Land.

Wir sehen, dass Trump gedemütigt werden wird. Für seine Regierung wird es sehr schwer sein, das zu überstehen. Und wer auch immer nach Trump kommt – jeder US-Präsident scheint mit dem Versprechen anzutreten, die Größe des Landes wiederherzustellen. Aber wenn ein erfolgreicher Präsident sich an neue Realitäten anpassen muss, also an eine multipolare Welt, dann wird das – ich meine, das wird auch die Grundlagen der Vereinigten Staaten erschüttern. Wie wirkt sich das auf die gesamte politische und wirtschaftliche Lage in der Welt aus? Denn Amerika steht ja nicht mehr allein. In den letzten über dreißig Jahren war die gesamte Weltordnung um das amerikanische Imperium herum aufgebaut. Was passiert jetzt? Ich meine, das ist eine sehr, sehr große Frage – aber was passiert als Nächstes?

## **#Richard Wolff**

Also, alles, was ich dazu sagen kann – ich meine, Sie haben recht, das ist eine große Frage. Es ist die große Frage, die alle stellen. Ich denke, was wir sehen werden – und der wichtigste Akteur dabei, nicht der einzige, aber der wichtigste – wird wahrscheinlich China sein. Ja. Die Chinesen werden zusammen mit dem Rest der Welt entscheiden müssen, ob die nächste Phase unserer Geschichte als Planet – und ich sag's jetzt ganz knapp, nur um den Gedanken klarzumachen – ob wir in Richtung eines chinesischen Imperiums gehen. Ist das das, was passieren wird? Dass wir zusehen, wie auch immer der Niedergang des amerikanischen Imperiums aussehen wird? Wer könnte das sonst ersetzen? Und die Antwort ist: kein europäisches Land. Das ist absurd. Und wirklich, wer sonst? Russland kann das nicht. Es ist wirtschaftlich viel zu klein.

China, es ist China. Oder, anders gesagt, wir sehen eine Entwicklung, in der das chinesische Imperium Schritt für Schritt die Amerikaner verdrängt und dann ersetzt. Und wenn man sehen will, wie das funktioniert, dann sollte man nach Asien schauen, nach Afrika, und auch nach Lateinamerika. Land für Land – ob es um Häfen geht, um Eisenbahnsysteme, um das Bildungssystem oder das Gesundheitssystem – überall kommen chinesische Fachleute, die genau das tun: Sie bauen die Häfen, sie bauen die Eisenbahnen. Eins nach dem anderen. Und das betrifft nicht nur Länder, die zu den BRICS-Staaten gehören oder China freundlich gesinnt sind, sondern auch andere. Diese Länder gehen nach Washington, bekommen dort ein Angebot, dann gehen sie nach Peking, bekommen ein besseres Angebot – und sie nehmen natürlich das bessere. Das ist bei Weitem nicht so kompliziert, wie man vielleicht denkt.

Oder sind die Chinesen vielleicht klug genug – sie waren ja schon einmal ein Imperium, das liegt also irgendwie in ihrer Geschichte –, um zu erkennen, dass das nicht ihre Strategie sein sollte? Denn wenn man so handelt, dann bereitet man im Grunde nur vor, dass einem selbst irgendwann das

Gleiche widerfährt, was man gerade dem letzten Imperium antut. Es ist, als hätte die Vereinigten Staaten aus ihrer Zeit im Britischen Empire lernen können. Will man wirklich die Rolle der dominierenden Macht übernehmen, gegen die man doch gerade eine Revolution geführt hat? Ist das wirklich der Weg, den man einschlagen will? Die Amerikaner haben sich diese Frage nie gestellt. Sie haben es einfach getan. Und jetzt müssen sie sich damit auseinandersetzen. Vielleicht, nur vielleicht, werden die Chinesen eine Gesellschaft sein, die in der Lage ist, echte multilaterale, multinationale Strukturen zu schaffen, zu unterstützen und zu fördern. Ein Teil von mir – und ich gebe zu, ich habe auch meine utopischen Sehnsüchte, wie wohl jeder – denkt dabei an die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, als wir es mit dem Völkerbund versucht haben.

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben wir es mit den Vereinten Nationen versucht. Okay, vielleicht müssen wir keinen Dritten Weltkrieg erleben, bevor wir noch einmal ernsthaft versuchen, einen anderen Weg zu finden als das Imperium. Sonst leben wir ewig in dieser Welt – in einem Konflikt der Großmächte, in dem wir einer Großmacht dankbar sind, egal wie unterdrückerisch sie ist, weil sie alles unter Kontrolle hält. Sie schaffen Frieden, weil sie die Kontrolle wollen. Und sobald ihre Macht zu Ende geht, sind wir wieder in jener schrecklichen Zeit, über die wir gerade sprechen – in der alles im Umbruch ist und jeder gegen jeden kämpft. Vielleicht kann man das alles sehen, seine Wiederholung in unserer Geschichte begreifen und sich für etwas anderes entscheiden.

Wenn Sie mich fragen, ob das passieren wird – ehrlich gesagt, ich weiß es nicht. Werden die Chinesen das alles sehen? Keine Ahnung. Gibt es viele Beweise in die eine oder andere Richtung? Wenn ja, dann sehe ich sie nicht. Die Chinesen sagen es, das gebe ich zu. Xi Jinping redet manchmal so. Aber ob das, na ja, nur Feiertagsrhetorik ist oder ob es ernst gemeint ist – ich weiß es nicht. Ich wünschte, ich wüsste es, aber ich tue es nicht. Ich glaube, immer mehr Menschen werden genau diese Frage stellen – die, die Sie gestellt haben, und mit der ich mich gerade auseinandersetze. Es wird Leute geben, die abwägen, in welche Richtung es wohl geht und in welche Richtung es besser gehen sollte – mit diesem, sagen wir, utopischen Bild im Kopf.

Wir brauchen wirtschaftliche Strukturen im eigenen Land, die genau dieses gemeinsame Aushandeln unterstützen und ermöglichen. Wenn wir es dagegen so aufbauen, wie es der Kapitalismus in seiner historischen Phase getan hat – also mit konkurrierenden Nationalstaaten –, dann ist das ein Rezept, Sie wissen schon, für Probleme. Jeder Nationalstaat ist kapitalistisch. Die Kapitalisten müssen ihre Gewinne reinvestieren, um zu wachsen. Dieses Wachstum ist eine Voraussetzung für ihr Überleben. Aber sie können nicht alle im gleichen Tempo wachsen, sie müssen das irgendwie miteinander ausgleichen. Und das bedeutet, es braucht einen Mechanismus, um solche Konflikte zu lösen – und das ist oft der Krieg. Dann stehen wir wieder ganz am Anfang. Und ob diese Lektion irgendwann gelernt wird, das ist die Frage, die wir uns stellen müssen.

Denken Sie mal kurz mit mir darüber nach: Wir sollten wirklich hinterfragen, wie unsere wirtschaftlichen Systeme im eigenen Land organisiert sind – und zwar im Hinblick darauf, ob sie dazu neigen, Konflikte letztlich durch Machtpolitik zwischen Nationalstaaten, also durch große Kriege, zu lösen. Oder ob es nicht eine völlig andere Art der Organisation geben sollte. Die Diskussion zwischen

Kapitalisten und Sozialisten, oder zwischen Kapitalisten und Kommunisten, oder zwischen Marxisten und Nicht-Marxisten, hätte eigentlich auf dieser Grundlage geführt werden können. Aber meistens war das nicht so – als könnten sie sich einfach auf die Makroökonomie innerhalb des Nationalstaats konzentrieren und den Rest irgendwie, ja, sich ergeben lassen. Nun, wir erleben gerade, wie sich das „ergibt“. Und es ist keine besonders erfolgreiche Lösung.

## **#Glenn**

Also, ich würde sagen, wenn man sich den Niedergang des US-amerikanischen Imperiums anschaut, dann macht das vielen Menschen Sorgen – und das ist auch verständlich. Wir wissen nicht, was als Nächstes kommt. Aber es könnte auch Chancen bieten. Zum Beispiel, dass die Vereinigten Staaten in Zukunft eine nachhaltigere Rolle im internationalen System einnehmen, wenn sie nur eine von mehreren Mächten sind – also wenn das Ganze ausgewogener wird. Und außerdem, wie Zbigniew Brzezinski einmal gesagt oder besser geschrieben hat, als er in den neunziger Jahren das Buch verfasste, das so etwas wie die Bibel der Unipolarität war: Es würde für die USA sehr schwierig werden, im Ausland ein Imperium zu sein und gleichzeitig zu Hause eine Demokratie zu bleiben.

Also, es scheint, als müsste die Zukunft diesmal nicht unbedingt von Problemen geprägt sein. Sie könnte auch davon handeln, dass die USA im Grunde ihre wirtschaftliche und finanzielle Disziplin wiederherstellen, sich stabilisieren und ihre innere Regierungsführung verbessern. Ich meine, da ist ... Und außerdem scheint mir, dass China die Rolle der USA gar nicht wirklich übernehmen kann. Denn die Rolle, die die USA hatten – dieses globale Imperium – das war eine sehr besondere Phase der Geschichte. Über die Jahrhunderte hinweg gab es immer weniger Akteure. Und dann, während des Kalten Krieges, gab es zwei große Mächte. Danach hörte die Sowjetunion auf zu existieren, und es blieb eine einzige globale Supermacht.

Ich glaube, das ist das letzte Mal in der Geschichte – oder zumindest in absehbarer Zukunft –, dass wir nur eine einzige Supermacht sehen. Selbst wenn China jetzt nach globaler Vorherrschaft strebt, würden sich selbst seine engsten Verbündeten, also auch Russland, irgendwann davon distanzieren. Die Inder würden dann ihre Autonomie aufgeben, um eine deutlich härtere Balance-Strategie zu verfolgen. Ich denke, ein Gleichgewicht würde sich von selbst wieder einstellen, wenn China diesen Weg ginge. Deshalb glaube ich nicht, dass die Chinesen blind sind. Sie wissen, dass ein großer Teil ihrer Unterstützung in der Welt daher kommt, dass sie eben nicht auf eine hegemoniale Politik setzen. Aber ja – hast du noch abschließende Gedanken dazu?

## **#Richard Wolff**

Ja. Ich wünschte – ich hoffe, Sie haben recht. Ich wünschte, die Chinesen hätten die Lektion gelernt, oder würden sie lernen, oder lernten sie gerade, die Sie eben so treffend zusammengefasst haben. Aber ich weiß, dass man hier in den Vereinigten Staaten nichts daraus gelernt hat. Sie haben nichts aus dem Zusammenbruch des Britischen Empires gelernt, an dem sie selbst beteiligt waren. Stattdessen haben sie weitergemacht und mit großem Eifer versucht, die globale Vormacht zu

werden. Und unter Mister Brzezinski und Henry Kissinger haben sie das tatsächlich umgesetzt, verwaltet – und sich dabei sehr gut und stolz gefühlt, ohne sich im Geringsten um die Zukunft zu sorgen. Lassen Sie mich zum Schluss sagen, wie ich das verstehe – und Sie wissen ja, woher ich komme, also wird es Sie nicht überraschen. Sie haben ein interessantes Zitat gebracht, ich weiß nicht mehr von wem: Man kann nicht im Ausland ein Imperium sein und zu Hause eine Demokratie.

Also, lassen Sie mich Ihnen eine Parallele nennen. Ich glaube, sie stammt von Supreme-Court-Richter Felix Frankfurter, vor etwa hundert Jahren. Er sagte: Man kann keine großen Konzentrationen von Reichtum haben und gleichzeitig eine Demokratie. Diese beiden Dinge können nicht nebeneinander existieren. Er war also Richter am Obersten Gerichtshof, er hat das aufgeschrieben. Und ich würde vermuten, dass die meisten Menschen in einem Publikum, in dem jemand so etwas sagt, zustimmend nicken würden. Aber die Realität in Amerika ist: Es hat überhaupt keinen Unterschied gemacht. Es war eine schöne rhetorische Formulierung, die nie wirklich Wurzeln geschlagen hat bei den Menschen, die daran glauben müssten, damit sie jemals Wirklichkeit wird. Und was haben wir heute? Wir haben die größte Konzentration von Reichtum in der amerikanischen Geschichte. Es ist heute schlimmer als im neunzehnten Jahrhundert.

Es ist, als wäre das ganze zwanzigste Jahrhundert, in dem die Ungleichheit in den Vereinigten Staaten zurückgegangen ist – vor allem durch die Große Depression der dreißiger Jahre, die sie wie ein Akkordeon zusammengedrückt hat – wieder rückgängig gemacht worden. Wir sind zu den alten Ungleichheitsniveaus zurückgekehrt und haben sie sogar übertroffen. Passen solche Zustände zu einer Demokratie? Natürlich nicht. In der vergangenen Woche haben wir in diesem Land – und ich wähle dieses Wort mit Bedacht – gefeiert, dass Herr Elon Musk zum ersten Billionär der Welt geworden ist. Mit anderen Worten: In den letzten Wochen hat der Mann, der ohnehin schon der reichste Mensch der Welt war, mit einem Vermögen in Hunderten von Milliarden Dollar, sein Vermögen noch weiter vermehrt, bis er nun Billionär ist. So funktioniert der Kapitalismus. Er macht die Reichen reicher. Das war schon immer so – bis die Menschen sich auflehnen oder das System selbst ins Wanken gerät.

Dann haben wir eine Phase der Entspannung, bis das überwunden ist, und danach kehren wir wieder zu der grundlegenden Tendenz zurück. Ich fürchte, genau das passiert auch hier. Ja, du hast recht. Es ist nicht vereinbar. Reichtum korrumpiert unsere Demokratie, und wir haben eine so korrupte Demokratie, wie man sie sich nur vorstellen kann. Unsere Regierung ist gekauft und bezahlt. Das ist wirklich erschütternd. Man kann Israel ohne diesen Zusammenhang gar nicht verstehen. Israel hat das erkannt – und gelernt, wie man es nutzt. Das Ganze wird irgendwann einfach absurd. Die US-Regierung finanziert Israel. Israel finanziert AIPAC. AIPAC kauft die Regierung, die Israel finanziert. Da braucht man schon eine Portion Humor. Sonst wird man dabei verrückt.

Also, was ist das Fazit? Genau darauf wollte ich vorhin hinaus. Man muss sich mit dem Kapitalismus auseinandersetzen. Der Kapitalismus hat seine eigene Dynamik. Er ist genauso wichtig wie die großen Machtkonflikte, über die heutzutage so gern gesprochen wird – was ich ja auch verstehe. Die alte Ordnung der Großmächte ist zerfallen, und deshalb konzentrieren sich jetzt alle auf Machtspiele,

Gegenzüge und all das. Ich verstehe das. Gibt es darin eine Logik? Ja. Gibt es eine Welt, in der diese Großmächte existieren? Ja. Aber sie ist nicht getrennt von der Welt des Kapitalismus, von seinem Wachstumsdrang und all dem, was das mit sich bringt. Wenn man diese Struktur unangetastet lässt, bekommt man auch die entsprechenden Ergebnisse.

Einer dieser Punkte ist der Aufbau eines Imperiums, ein anderer der Niedergang eines Imperiums. Und dann kommt die nächste Frage: Wie wird sich die aufstrebende Wirtschaftsmacht – China – unterscheiden? Nun, mein Argument ist, das wird davon abhängen, wie sie ihr internes Wirtschaftssystem steuern. Sie haben eine sehr ungewöhnliche Wirtschaft – halb privatkapitalistisch, halb staatlich –, mit einer Regierung und einer Kommunistischen Partei, die das alles koordinieren. Sie gleichen die Schwächen des einen durch die Stärken des anderen aus, in einer hybriden, klugen, einzigartigen und sehr erfolgreichen Form. Das sollte eigentlich für alle ein Lehrstück sein, oder? Aber trotzdem bleibt für sie die Frage: Ist das wirklich ein ausreichender Weg, um den dominanten Platz einzunehmen, den sie anstreben? Oder führt sie das am Ende in dieselbe evolutionäre Sackgasse, in die auch die Vereinigten Staaten geraten sind?

## **#Glenn**

Na ja, das wird sich zeigen. Auf jeden Fall stehen uns spannende Zeiten bevor. Vielen Dank, dass Sie sich heute Morgen die Zeit genommen haben.

## **#Richard Wolff**

Lassen Sie mich kurz etwas sagen, denn ich bin mir nicht sicher, ob Ihre anderen Gäste das tun werden. Ihre Sendung wird immer besser. Ich schaue sie mir an, so oft ich einen Moment Zeit finde. Ihre Fragen sind großartig, Ihre Gäste ebenfalls. Einige Ihrer letzten Sendungen, etwa zu den Ereignissen im Iran oder zur europäischen Katastrophe, waren ausgesprochen lehrreich. Das ist ein echter Dienst, den Sie da leisten. Und ich möchte, dass Sie wissen: Viele von uns sehen das, wir schätzen es sehr und sagen allen, die wir kennen, „Schaut euch das an, ihr werdet eine Menge lernen.“

## **#Glenn**

Vielen Dank. Ich weiß das wirklich zu schätzen. Das ist ein großes Kompliment, gerade von Ihnen. Danke.